

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Gewalttaten gegen die Bevölkerung

Bei einem Luftangriff der srilankischen Armee wurden an der Nordostküste Sri Lankas (eine Region, die zur Zeit weitgehend unter Kontrolle der LTTE steht), am September 22 Zivilpersonen getötet. Der Angriff, der in der tamilischen Bevölkerung auf große Empörung stieß, wurde zunächst vom Verteidigungsministerium als Angriff auf Militärbasen der LTTE abgetan. Die Armeeführung rechtfertigte sich, indem sie auf die Notwendigkeit derartiger Angriffe hinwies — bewußte Attacken auf Zivilisten gäbe es nicht. Vielleicht hätten sich die Opfer ja zufällig in der Nähe der Stützpunkte aufgehalten.

Nachdem auch auf internationalem Parkett zunehmend Kritik über den Angriff laut wurde, wurde vom Verteidigungsministerium die Möglichkeit eines irrtümlichen Angriffs auf tamilische Zivilisten eingeräumt. Der Vorfall hatte selbst die Vereinten Nationen zu einer Stellungnahme genötigt, das internationale Ansehen Sri Lankas und auch die Ernsthaftigkeit der Friedensbemühungen der Regierung in Colombo wurden sicherlich hierdurch nicht verbessert.

Außenminister Kadrigamars Reaktion auf die Kommentare der UN war äußerst wütend. Von Zeitungen wurde er in New York mit den Worten zitiert: "Warum kümmern die (UN) sich um so etwas. Die sollten besser um Malaria und Moskitos besorgt sein. Die UN überschreitet ihr Mandat, wenn ich jetzt in Colombo wäre, dann hätte ich die Verantwortlichen herbeizitiert und ihnen eine Lektion erteilt".

Wenige Tage nach dem Luftangriff ereignete sich im Amparai-Distrikt ein brutales Massaker, bei dem in drei sinhalesischen Dörfern am 18. September insgesamt 48 Personen grausam niedergemetzelt wurden (siehe Kasten unten). Die Täter waren mutmaßliche LTTE-Angehörige, man sieht dieses Attentat deutlich als Vergeltungsaktion für den Angriff der Luftwaffe auf Tamilen an.

Selbstmordanschlag in Vavuniya

Neun Polizisten und ein unbeteiligter Zivilist wurden bei einem weiteren Selbstmordanschlag am 4. August im Vavuniya-Distrikt getötet. Eine bisher nicht näher identifizierte Frau hatte sich zunächst einem mit 30 Personen besetzten Lastwagen der Armee auf der Verbindungsstraße von Vavuniya nach

Mannar genähert und dann offensichtlich einen an ihrem Oberkörper befestigten Sprengsatz gezündet. 18 Angehörige der Sicherheitskräfte wurden bei dem Anschlag verletzt.

Der Anschlag ereignete sich nur wenige Tage nach dem tödlichen Attentat auf den srilankischen Menschenrechtler und Anwalt Neelam Thiruchelvam. Offizielle Quellen sprechen von einer Attentäterin aus dem Kreis der LTTE, in Vavuniya selbst wird aber auch die andauernde gewalttätige Auseinandersetzung zwischen den militanten tamilischen Gruppen PLOTE und TELO als möglicher Hintergrund für das Attentat nicht ausgeschlossen.

Chinesisches Schiff attackiert

Mutmaßliche Angehörige der LTTE griffen am 27. September ein chinesisches Schiff, den Frachter 'Yu Jia' vor der Küste bei Mullaitivu im Nordosten des Landes mit Granaten an. Anschließend enterten sie das Schiff, das sich mit ca. 24.000 Tonnen Düngemittel auf dem Weg nach Madras befand. Die srilankische Marine attackierte mehrere Boote der 'Tamil Tigers' und beendete die Gewaltaktion. Das Schiff und seine 34 Besatzungsmitglieder wurden zunächst in den Hafen von Trincomalee eskortiert.

Amnesty besorgt

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) äußert sich besorgt über das Schicksal von mehreren Politikern tamilischer politischer Parteien in Sri Lanka. Zu ihnen gehören sowohl Mitglieder des Parlaments, als auch Parteiführer sowie kommunale Politiker in den nördlichen und östlichen Regionen des Landes.

Bedroht wird ihr Leben durch die 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE). Die bewaffnete Befreiungsbewegung hat in der Vergangenheit die betreffenden Personen mehrmals aufgefordert, von ihren Funktionen zurückzutreten oder andernfalls mit ernsthaften Konsequenzen zu rechnen. Die LTTE verschaffte dabei ihrer Forderung auch mit Drohbriefen und —anrufen Nachdruck.

Zu den Personen, deren Leben akut gefährdet ist, gehört Rajavarothiyam Sampanthan, Parlamentsmitglied und Generalsekretär der 'Tamil United Liberation Front' (TULF), und Veerasingham

Anandasangari, Vize-Präsident der Partei. Ein weiterer Repräsentant der TULF dürfte ebenfalls auf der Liste der LTTE gestanden haben: Neelan Thiruchelvam wurde am 29. Juli in der Nähe seines Hauses in Colombo durch einen Selbstmord-Anschlag, den man der LTTE zuschreibt, getötet.

Im Jaffna Distrikt haben mehrere Lokalpolitiker der TULF ebenfalls Morddrohungen erhalten: Unter ihnen der Bürgermeister Jaffnas. Auch Repräsentanten der 'Tamil Eelam Liberation Organisation' (TELO) sollen diesen Drohungen durch die LTTE ausgesetzt sein. Obwohl einige der genannten Politiker Personenschutz durch die srilankischen Behörden erhalten, sind sie nach wie vor stark gefährdet.

Die LTTE wird für zahllose Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht, obwohl sie im Februar 1998 die Genfer Konvention und ihre Zusatzprotokolle zum Schutz der Menschenrechte akzeptiert hat.

Zahlreiche Morde an tamilischen Politikern aber auch an Zivilisten gehen auf das Konto der Organisation: 1998 wurde die Bürgermeisterin von Jaffna und ihr Nachfolger, Sarojini Yogeswaran und Ponnuthurai Sivalpan, ermordet; 1997 wurde der Abgeordnete Arunalasam Thangathurai in Trincomalee erschossen; 1989 der damalige TULF-Führer Appapillai Amirthalingam und der Politiker Vettivelu Yogeswaran in Colombo; während sich die LTTE zu den letzten beiden Morden bekennt, äußert sie sich nicht zu den anderen Verbrechen. Die Front-Organisation der LTTE, die 'Sangilian Force', hat sich zu dem Mord an Sarojini Yogeswaran bekannt. Die Begründung: Sie hatte sich geweigert, wie von der LTTE gefordert, vom Posten der Bürgermeisterin zurückzutreten.

Die LTTE bedroht neuerdings im Distrikt Jaffna verstärkt Mitglieder der Kommunalverwaltung. Im April 1998 wurden alle neu gewählten Mitglieder unter Morddrohungen unmißverständlich aufgefordert, ihre Ämter niederzulegen. Seitdem wurden elf dieser Personen getötet. Unter ihnen im Mai 1999 Murugan Poopalasingham, der als Mitglied der 'Eelam Peoples Democratic Party' (EPDP) im Rat von Kopay saß.

Hilfsprogramme fortgesetzt

Der Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) ver-

sucht auch in naher Zukunft, seine Unterstützungsprogramme zur Rehabilitation von Flüchtlingen in Sri Lanka fortzusetzen, braucht daher allerdings massive finanzielle Unterstützung. Die US-amerikanische Regierung hat im September mehr als 1,3 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt, die der UNHCR speziell im Norden und Osten des Landes zur Flüchtlingshilfe verwenden soll. Mit der Spende setzt sich eine Tradition der Unterstützung durch die USA fort, die seit 1996 bereits 2,4 Millionen US-Dollar umfaßt.

Unterstützung gegen LTTE

Erneut versucht Sri Lanka auf ausländische Regierungen einzuwirken, damit diese stärker gegen dortige Aktivitäten der LTTE zum Sammeln von Unterstützungsgeldern vorgehen. Der Appell richtet sich vor allen Dingen an Kanada, Australien und zahlreiche europäische Länder, in denen die LTTE Büros unterhält. Außenminister Lakshman Kadirgamar bat ausländische Behörden auch um Unterstützung bei der Aufklärung von LTTE-Aktionen und Anschlägen. Regierungen in den genannten Ländern sollten ihrerseits die 'Tamil Tigers' auffordern, der Gewalt abzuschwören und statt dessen aktive Beiträge zu einer Friedenslösung zu leisten.

Hoffnungen auf Frieden

Präsident Kumaratungas Hoffnung, die von der regierenden 'Peoples Alliance' (PA) vorgelegten Vorschläge (Devolution Package), eine der Voraussetzungen zu einer Friedenslösung im Land, finden auch weiterhin keinerlei Unterstützung bei anderen Parteien und Gruppierungen. Angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes rechnen Beobachter nicht mehr mit Unterstützung durch die größte Oppositionspartei UNP. Eine Einigung zum jetzigen Zeitpunkt würde die Chancen auf eine Wiederwahl Kumaratunges und der PA deutlich erhöhen.

Auch die LTTE will vielmehr ihre Möglichkeiten zu einer weiteren Destabilisierung des Landes im Wahljahr nutzen, als zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Lösung des Konflikts zu finden.

Die 'Asiatische Menschenrechtskommission' mit Sitz in Hong Kong hat im September die Vereinten Nationen nachdrücklich aufgefordert, sich mehr bei der Lösung des Konflikts in Sri Lanka zu engagieren. In einer Pressemitteilung der Kommission heißt es, "alle bisherigen Pläne, die Regierung in Colombo und die LTTE an einen Verhandlungstisch zu bringen, sind unrealistisch. Ohne Einbeziehung der UN wird nur über Frieden geredet während der brutale Krieg weitergeht." Angesichts eines

neuen Rekordbudgets des srilankischen Verteidigungsministeriums von 760 Millionen US-Dollar im vergangenen Jahr müsse die Staatengemeinschaft in höchstem Maße alarmiert sein. Mittlerweile stünden die Vertreter von Waffenh Herstellern aus verschiedensten Ländern beim srilankischen Verteidigungsministerium Schlange, um einen Teil des Kuchens abzubekommen und die Armee mit neuester Technologie zu versorgen.

Nationalistische Strömungen

Die politische Einflußnahme nationalistisch-sinhalesischer Kräfte in Sri Lanka scheint sich in den letzten Monaten deutlich verstärkt zu haben. Am 22. September zogen einige hundert radikale sinhalesische Nationalisten durch Colombo und forderten die Regierung auf, ihre militärischen Anstrengungen zu einer Vernichtung der 'Tamil Tigers' deutlich zu erhöhen. Vor dem Pettah-Bahnhof im Stadtzentrum hatte das 'National Movement Against Terrorism' (NMAT) eine Versammlung organisiert. Die Demonstranten - unter ihnen buddhistische Mönche - trugen Plakaten und machten mit Sprechchören auf sich aufmerksam.

Die Protestveranstaltung folgte nur kurze Zeit nach den brutalen Morden in drei sinhalesischen Dörfern (siehe unten). Sie richtete sich aber auch ausdrücklich gegen einen Besuch dreier führender katholischer Bischöfe im Norden, der am Vortag bekannt geworden war. Die Kirchenvertreter wollten im nördlichen Vanni-Gebiet mit Vertretern der LTTE sprechen und auch das Gebiet der umstrittenen Luftangriffe besuchen.

Neue nationalistische Töne wurden dann noch einmal im Parlament laut. Nach immer stärker werdenden Protesten, überwiegend aus der sinhalesischen Bevölkerungsmehrheit, zog die Regierung in letzter Minute einen Gesetzentwurf zurück, der eine bessere Chancengleichheit für alle ethnischen Gruppen im Lande gewährleisten sollte. Die sogenannte 'Equal Opportunity Bill' hatte Hunderte von Studenten zweier buddhistischer Schulen in Protestzügen auf die Straßen gebracht. Die sinhalesischen Studenten beklagen, daß durch das Gesetz die kulturelle Identität von Bildungseinrichtungen bedroht werde.

Das Gesetz, dessen Verabschiedung nun auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, sollte jegliche Diskriminierung aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, religiöser und politischer Meinung, Sprache, Alter und Behinderung bezüglich Erziehung und Berufswahl sowohl im öffentlichen wie auch privatwirtschaftlichen Bereich unter Strafe stellen. Es war sogar von den USA als beispielhaft für multi-ethnische Gesellschaften bezeichnet worden.

Kritik kam allerdings auch aus dem tamilischen und muslimischen Lager. M. Ashraff, der Führer des 'Sri Lanka Muslim Congress' bezeichnete die Vorlage des Gesetzentwurfs durch die Regierung als "ein geschicktes politisches Spiel".

Regierungsshow

Zum fünfjährigen Jubiläum der Regierungsübernahme im Jahre 1994 veranstaltete die 'Peoples Alliance' (PA) am vorletzten Augustwochenende in Colombo einen pompösen Demonstrationzug. Mehrere Zehntausend Unterstützer der Regierungspartei zogen durch die Straßen der Hauptstadt und brachten den üblichen Tagesablauf in der Stadt weitgehend zum Stillstand. Endlose Verkehrsstaus begleiteten den Demonstrationzug, zahlreiche Geschäfte und Büros blieben geschlossen. Die Polizei hatte viele Straßen für den öffentlichen Verkehr gesperrt. Zahlreiche Kabinettsmitglieder begleiteten den Umzug unter hohen Sicherheitsmaßnahmen. Auf mehr als 160 Fahrzeugen wurden Beispiele für die Errungenschaften der Regierung unter Chandrika Kumaratunga dargestellt. Der Demonstrationzug, dem auch ein Heer von Tausenden von buddhistischen Mönchen beiwohnte, endete schließlich in einer Kundgebung, in der Kumaratunga ihre Vision einer Regierung Sri Lankas im nächsten Jahrzehnt vorstellte. Unter anderem stellte sie wieder einmal das baldige Ende des Bürgerkriegs in Aussicht - Termin jetzt im Jahr 2000. Beobachter sehen die Mammutveranstaltung der PA als Auftakt einer Kampagne für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr.

Spannungen in der Regierung

Der regierenden PA fällt es angesichts des näherrückenden Wahltermins im nächsten Jahr zunehmend schwerer, die einzelnen Koalitionspartner unter einem Dach zu halten.

Aufsehen erregten die jüngsten Äußerungen des Beauftragten für Parlamentsangelegenheiten, Jeyaraj Fernando, der den Medienberater von Präsidentin Kumaratunga, Sanath Gunatilleke, öffentlich der Korruption bezichtigte und die Qualifikation eines führenden Sekretärs im Verteidigungsministerium anzweifelte.

Auch der Minister für Fischerei, Mahinda Rajapakse, widersetzte sich den Anweisungen der Präsidentin, Auslandsreisen mir ihr abzustimmen, und flog erst einmal zu einer Menschenrechtskonferenz nach Indien. Der schon lang andauernde Streit zwischen den Ministern für Erziehung und Schifffahrt, R. Pathirana und M. Ashraff, über Quotenregelungen bei der Zulassung von Stu-

dentem an Schulen wird zunehmend schärfer und in der Öffentlichkeit ausge tragen.

Wirtschaftslage

Wirtschaftsfachleute sagen für dieses Jahr in Sri Lanka nur noch ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent voraus, eine weitere Reduzierung gegenüber 4,7 Prozent (1998) und immerhin noch 6,3 Prozent im Jahr 1997.

Gleichwohl hat eine Analyse verschiedener Eckdaten des produzierenden Gewerbes und der Landwirtschaft eine deutliche Steigerung des Wachstums im zweiten Halbjahr gegenüber dem ersten und zweiten Quartal 1999 ergeben. Der negative Trend scheint sich damit offensichtlich umzukehren. Die Zentralbank geht für 2002 nach einer Erholung wieder von sechs Prozent Wachstum aus. Bereits im Frühjahr gab es auch wieder einen Anstieg bei der Zahl von Touristen, die die Insel besuchten (plus 25 Prozent). Für das laufende Jahr beträgt das Haushaltsdefizit voraussichtlich acht Prozent des Brutto-Inlands-Produkts. Es liegt wegen niedrigerer Steuereinnahmen und weiter erhöhter Verteidigungskosten über der ursprünglichen Annahme von sechs Prozent.

Jahr 2000 Problem

Erhebliche Bedenken gibt es nach wie vor zu der Frage, wie weit technische Systeme in Sri Lanka durch Computerfehler zum bevorstehenden Jahreswechsel lahmgelegt werden können. Während weltweit hoher Aufwand betrieben wurde, um Rechnersysteme gegen Fehler beim Datumswechsel von 99

auf 00 immun zu machen, hat man diese Problematik in Sri Lanka lange Zeit sträflich vernachlässigt. Der Vorsitzende des 'Council for Information Technology' (CINTEC), V. Samarnayake, stellte erste Ergebnisse eines nationalen Aktionsplans der Öffentlichkeit vor. Seinen Aussagen zufolge sei man sich gegenwärtig sicher, daß wichtige Computersysteme für das Finanzwesen, die Wasser- und Stromversorgung sowie See- und Flughäfen den Übergang zum Jahr 2000 problemlos überstünden. Offensichtlich bestehen aber erhebliche Bedenken bei medizinischen Geräten. In Krankenhäusern gibt es zahlreiche ältere Behandlungsgeräte, viele Kliniken wurden auch bisher noch nicht in die Jahr-2000-Zertifizierung aufgenommen. Ein Problem, das für potentielle Patienten lebensbedrohlich werden könnte. Unterstützung erhofft man sich durch enge Kooperation mit Stellen in Australien und Neuseeland.

Umweltkatastrophe?

Ein mit schätzungsweise 16.000 Tonnen Düngemittel beladenes Schiff ist im August nur 24 Kilometer vor der Südspitze Sri Lankas bei Dondra Head gekentert. Der Frachter, der unter türkischer Flagge fuhr, war in Seenot geraten, nachdem Wasser in den Maschinenraum eingedrungen war. Einem Schiff aus Singapur gelang es, die 27köpfige Besatzung zu retten. Der Versuch, den Frachter an die Küste zu schleppen, mißlang, das Schiff brach schließlich in zwei Teile und stellt seitdem mit seiner Ladung eine massive Gefahr für die Umwelt dar. Eine Verseuchung des Meeres in großem Umfang

ist nicht auszuschließen, Fischbestände und die Fischerei in dieser Region sind akut bedroht.

Die 'Sri Lanka Shipping Company', die den Schleppversuch ausführte, weigert sich inzwischen, weitere Rettungsversuche zur Bergung des Frachters zu unternehmen und lehnt auch jede Verantwortung hinsichtlich einer Verseuchung des Meeres ab. Srilankische Behörden versuchen jedoch Klage gegen das Unternehmen zu erheben, da das Abschleppen ohne irgendeine behördliche Genehmigung erfolgt war.

Dalai Lama ausgeladen

Offensichtlich aufgrund von chinesischen Protesten hat die srilankische Regierung es abgelehnt, den im Exil lebenden geistlichen Führer Tibets, den Dalai Lama, nach Sri Lanka einzuladen.

Einflußreiche buddhistische Organisationen in Sri Lanka waren bei der Regierung vorstellig geworden und hatten das Außenministerium darum gebeten, den Dalai Lama zu einem Besuch zu bitten. Unmittelbar nach dieser Anfrage war der chinesische Botschafter in Colombo, Zhang Yun, mit dem stellvertretenden Außenminister, Lakshman Kiriella, zusammengetroffen und hatte seine Bedenken gegen einen solchen Schritt vorgebracht.

In einer Pressemitteilung äußerte sich Kiriella später recht deutlich gegen eine Einladung des tibetischen Führers. Er betonte die guten Beziehungen mit China und sprach sich ausdrücklich für die "one China policy" aus, die auch von der srilankischen Regierung bedingungslos unterstützt werde.

Anschlag im Morgengrauen

Die Mörder kamen im Schutz der Dunkelheit am frühen Morgen des 18. September in die drei sinhalesischen Dörfer Gonagala, Borapala und Bendirekka. Die drei Ortschaften im Amparai-Distrikt im Osten des Landes gehören zu den sogenannten "Border-Villages", einer Region, in der Gebiete unter Regierungskontrolle und LTTE zusammenstoßen.

Die Dorfbewohner waren den Angreifern hilflos ausgeliefert. Die Mörder drangen gewaltsam in die Hütten ein und überraschten ihre Opfer noch im Schlaf. In Gonagala fielen 32 männliche und 16 weibliche Personen dem Anschlag zum Opfer. Darunter 14 Kinder unter 12 Jahren und zwei werdende Mütter. Viele Dorfbewohner ergriffen unmittelbar die Flucht, wurden aber teilweise von den Angreifern eingeholt und in angrenzenden Reisfeldern umgebracht. Vor ihrem Rückzug plünderten die Angreifer die verlassenen Hütten und brachten Geld und andere Wertgegenstände in ihren Besitz. In Borapala und Bendirekka wurden jeweils zwei Personen getötet, darunter ein Geschwisterpaar. Hier wurde offensichtlich weiteres Blutvergießen durch eine Bürgerwehr verhindert, der es gelang, die Angreifer zu vertreiben.

Tage nach dem Überfall herrscht in den Dörfern immer noch eine Situation von Verwirrung, Anarchie und Chaos. Ein Beobachterteam des 'Movement for Interracial Justice and Equality', das kurzfristig die Dörfer besucht, findet vier Tage später ein bedrückendes Bild. Fast unerträglich sei der Schmerz und die Angst vor weiteren Überfällen, heißt es in dem Bericht. Zwischenzeitlich habe man vier Flüchtlingslager aufgebaut, in denen man 478 Familien mit 1793 Personen untergebracht hat. Gleichzeitig haben sich viele Dorfbewohner dazu entschlossen, die Gegend völlig zu verlassen, da sie weitere Anschläge befürchten. Allein 100 Menschen haben sich in einer Kirche in Nugelanda versammelt, Tempel dienen gleichermaßen als Zufluchtsorte. Das Beobachterteam von MIRJE vermißt jegliche Regierungsunterstützung für die Betroffenen. Nach fast einer Woche gibt es keine geeigneten Maßnahmen zur Versorgung der Familien. Die bereitgestellten Trocken-Rationen sind unzureichend. Der Wert der Trockennahrung pro Person und Tag liegt bei umgerechnet nur 20 bis 30 Pfennigen. Hinsichtlich der Sicherheitsfrage hat das Verteidigungsministerium mittlerweile eingestanden, daß es nicht in der Lage ist, Bewohner in derartigen Grenzdörfern ausreichend zu schützen. Zu viele Sicherheitskräfte sind gegenwärtig im Norden des Landes eingesetzt. Alles Bemühen der Behörden beschränkt sich darauf, die Dorfbewohner wieder zurückzuschicken, ohne daß ihr Schutz in irgendeiner Weise verbessert wird.